

DAS KOLUMBIANISCH-VENEZOLANISCHE GRENZGEBIET ALS RECHTSFREIER RAUM – WAHRHEITEN UND MYTHEN

BENJAMIN BOBBE||

Grenzgebiete sind Räume, geprägt von einer besonderen Identität und ganz eigenen sozialen und ökonomischen Dynamiken. Schmuggel und Schwarzmärkte sind Grundkonstanten vieler Grenzregionen. Im Fall des kolumbianisch-venezolanischen Grenzgebiets kommen zwei bedeutende Aspekte hinzu: Die seit Jahrzehnten allgegenwärtige Gewalt eines bewaffneten Konflikts und die sich in Symbiose hierzu entwickelte Drogenwirtschaft. Beides hat in Kolumbien und insbesondere im Grenzgebiet zu Venezuela eine Vielzahl von Mikrokosmen entstehen lassen, die sich im Hinblick auf Akteurskonstellationen und ökonomischen Dynamiken nicht nur regional, sondern auch im Zeitverlauf unterscheiden.

Sowohl für die Medien als auch wesentliche Teile der Gesellschaft und der politischen Eliten in Kolumbien und Venezuela sind es gerade die Vorgänge im Grenzgebiet, die bedeutenden Einfluss auf die Wahrnehmung und Interpretation der formellen und informellen bilateralen Beziehungen zwischen beiden Staaten haben. Die kolumbianisch-venezolanische Geschichte wird vor allem im Grenzgebiet geschrieben und ist dabei geprägt von Mythen und Wahrheiten, in deren Kern der bewaffnete Konflikt Kolumbiens steht, dessen ideologische Grundlagen inzwischen kriminell verwässert sind.

Um die heutige Situation beiderseits der Grenze zu verstehen, bedarf es einer mehrdimensionalen Analyse: Auf der politischen Ebene müssen zum einen die offiziellen Regierungspolitiken beider Länder im Hinblick auf die bilateralen Beziehungen und das Verhältnis zu bzw. die Politik gegenüber den illegalen Akteuren des bewaffneten Konflikts betrachtet werden. Zum anderen gilt es die politische Praxis und die Realitäten auf der lokalen Politikebene, die Situation der staatlichen Institutionen in den Grenzgebieten sowie die Rolle der Zivilgesellschaft zu hinterfragen.

Zugang zum Verständnis des Status quo der Grenzregion

Venezuela ist das am stärksten von den Folgen des bewaffneten Konflikts in Kolumbien betroffene Nachbarland und die 2.219 Kilometer umfassende kolumbianisch-venezolanische Grenzregion die vielleicht dynamischste und komplexeste in ganz Südamerika sowie geografisch, kulturell und ökonomisch durch Kontraste gekennzeichnet: In vielen Teilen eine geringe Bevölkerungsdichte, wüstenähnlich im äußersten Norden. Berge und tropische Wälder im weiter südlichen Verlauf der Grenze. Vielerorts rudimentäre Infrastruktur und damit verbunden eine erschwerte Zugänglichkeit zum

einen sowie urbane Räume zum anderen. Großstädte, wie etwa die zweitgrößte Stadt Venezuelas Maracaibo, Hafenstadt im Nordwesten, der die ländlich geprägten, und vom bewaffneten Konflikt stark betroffenen kolumbianischen Departamentos La Guajira und Cesar gegenüberliegen. Weiter südlich landeinwärts liegen die vom legalen und illegalen Grenzhandel geprägten Städte Cúcuta und San Christóbal. Und vielerorts ist der Zugang zum Nachbarland aus geographisch-infrastrukturellen Gründen leichter als zum eigenen Kernland und sogar die historisch-kulturellen Bindungen enger.

Karte des kolumbianische-venezolanischen Grenzgebiets



Quelle: Shadowfox, Wikimedia Commons, Creative Commons.

Die Entwicklungen insbesondere in der Grenzregion und die Konzentration illegaler Praktiken und bewaffneter Akteure ebenda sind einerseits das Resultat der traditionell attraktiven Bedingungen zur Erzielung von Einnahmen durch den Schmuggel sowie den

Drogenhandel. Andererseits sind sie auch das Ergebnis einer Anpassung an Fahndungs- und Handlungsmuster der auf kolumbianischer Seite gestärkten Streitkräfte und Polizei, die sich tendenziell auf aggressive und sichtbare Strukturen und somit die „großen Fische“ konzentrieren. In diesem Sinne ist die beindruckende Ansammlung illegaler Akteure in den Grenzgebieten nicht zuletzt das Ergebnis einer Verdrängung der militärisch dem Staat unterlegenen illegal bewaffneten Akteure an die Peripherien. Dies gilt ganz besonders für die Guerillas, die durch die als „seguridad democrática“ bekannte Sicherheitspolitik der Regierung von Staatspräsident Álvaro Uribe (2002-2010) sehr spürbar geschwächt und zurückgedrängt wurden, und die hinsichtlich ihrer Infrastruktur stark unterentwickelte und vielerorts schwer zugänglichen Grenzregionen als Rückzugsraum nutzen. Auch bei der Reduzierung der Drogenanbaufläche konnte die kolumbianische Regierung große Erfolge verzeichnen, indem sie zwischen 2007 und 2012 die Anbauflächen für Koka halbierte, sodass Peru inzwischen auch angesichts dort wachsender Produktion zum Hauptanbaugebiet für Koka weltweit aufgestiegen ist.¹

Uribes Nachfolger, der amtierende Staatspräsident Juan Manuel Santos (seit 2010) wiederum leitete Friedensgespräche mit der größten Guerilla, der FARC² ein, ohne jedoch die militärischen Anstrengungen zurückzufahren. Es besteht kein Waffenstillstand, die Kampfhandlungen gehen landesweit weiter. Seit November 2012 finden in der kubanischen Hauptstadt Havanna Verhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-Guerilla statt. Gespräche mit der zweitgrößten Guerilla ELN³ sollen folgen, informell finden bereits Gespräche statt.

Zweifellos handelt es sich für Kolumbien um die wichtigste politische Initiative der letzten Jahrzehnte, deren Bedeutung angesichts von 220.000 Toten und mehr als fünf Millionen Opfern von Vertreibung grundsätz-

lich nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Die Auswirkungen dieses Prozesses auf die hier betrachtete Grenzregion bleibt jedoch abzuwarten, denn schließlich existiert gerade hier, wie im Folgenden gezeigt werden soll, ein beeindruckender Pluralismus an weiteren Akteuren und Strukturen der Illegalität, die nicht an Friedensgesprächen beteiligt sind und für solche auch nicht in Frage kommen. Dies aufgrund des Umstands, dass sie im Gegensatz zu den Guerillas und „alten“ paramilitärischen Organisationen keine politisch-ideologischen oder militärischen, sondern ausschließlich kriminelle Ziele verfolgen.

Politische Grundmythen der bilateralen Beziehungen

Die mediale und politische Diskussion in Kolumbien und Venezuela kennt vier Grundmythen der bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern: *Erstens* eine Unterstützung der FARC durch die venezolanische Regierung von Staatspräsident Hugo Chávez (1999-2013) und die Nachfolgeregierung von Nicolás Maduro über moralischen Zuspruch hinaus in Form von Geld und Waffen. *Zweitens* Bemühungen bedeutender rechtsgerichteter politischer Kräfte in Kolumbien um den Ex-Präsidenten und heutigen Senator Álvaro Uribe (seit 2014) mittels ihm nahestehender Paramilitärs in Venezuela einen Staatsstreich herbeizuführen. Sowie *drittens* einerseits das Szenario einer militärischen Bedrohung Venezuelas durch die engen Verbindungen Kolumbiens zu den Vereinigten Staaten, für die das Land angesichts amerikanischer Militärpräsenz als Einfallstor für eine Invasion des östlichen Nachbarlands dienen könnte, andererseits *viertens* aber auch die akute zuvorderst politische Bedrohung Kolumbiens durch einen radikalen und expandierenden „Castro-Chavismus“. Die Allgegenwärtigkeit dieser einzelnen Behauptungen in der öffentlichen Diskussion beider Länder sowie die Tatsache, dass diese direkt oder indirekt mit der kolumbianisch-venezolanischen Grenzregion in Verbindung stehen, lädt zu einer Betrachtung derselben ein.

Toleranzen auf nationaler Ebene - Sympathien für Akteure des Konflikts

Sowohl die kolumbianische Rechte, und hier insbesondere die Eliten des ländlichen Raums, als auch die venezolanische Linke hegen oder hegen Sympathien für rechte Paramilitärs bzw. linke Guerillas in Kolumbien.

Die weitreichenden Verbindungen zwischen einzelnen auch in politischer und Regierungsverantwortung stehenden kolumbianischen Politikern sowie der Polizei, der Streitkräfte und des Geheimdienstes mit Paramilitärs sind zumindest zu großen Teilen belegt und seit Jahren Gegenstand allmählicher rechtlicher Aufarbeitung durch die kolumbianische Justiz. Für die Regierungsspitzen lassen sich Verbindungen nicht nachweisen – allein im Fall von Staatspräsident Uribe gibt es Indizien, die auf engere Kontakte mit Paramilitärs, insbesondere vor seiner Amtszeit, hinweisen.

Die konkrete Ausgestaltung der Verbindungen zwischen venezolanischer Regierung und Guerillas und insbesondere der FARC sind geprägt von Spekulationen. Denn bis zum heutigen Tag sind diese Beziehungen von staatlicher Seite kein Gegenstand politischer Wahrheit oder justizieller Aufarbeitung, was zuvorderst auf die personelle und ideologische Kontinuität des regierenden Chavismus zurückgeführt werden kann. Im März 2008 tötete die kolumbianische Luftwaffe bei einem gezielten Angriff auf ein Lager der FARC auf ecuadorianischem Staatsgebiet in unmittelbarer Nähe der Grenze den Führer der FARC Raúl Reyes. Dabei fielen den kolumbianischen Streitkräften Computer und Datenmaterial in die Hand, welche u.a. Interpol und der renommierte britische Think Tank „International Institute for Strategic Studies – IISS“ auswerten. Letzteres veröffentlichte im Jahr 2011 seine Ergebnisse⁴, nach denen die Regierung Chávez spätestens seit dem Jahr 2000 den FARC umfangreiche finanzielle Unterstützung gewährt hatte, um das strate-

gische Gleichgewicht in Kolumbien zu verändern. Zudem wurde der FARC die Nutzung des venezolanischen Territoriums erlaubt. Darüber hinaus fanden sie Hinweise, dass die venezolanische Regierung die FARC auch mit Waffen und Munition versorgte. Die venezolanische Seite spricht mit Blick auf das Datenmaterial von Fälschung. Interpol und IISS stufen das Datenmaterial hingegen als echt ein.

Jenseits des gefundenen Datenmaterials manifestiert sich der politische Wille der venezolanischen Regierung in der Sicherheitspolitik im kolumbianisch-venezolanischen Grenzgebiet auch sehr anschaulich in der grundlegenden Schwäche des venezolanischen Heeres und dessen Unvermögen, offensive Operationen gegen die Guerillas zu führen. Bereits Guerilla-Einheiten von 100 Kämpfern stellen die venezolanischen Streitkräfte nach Aussage von örtlichen Kommandeuren aufgrund unzureichender taktischer Lufttransportkapazitäten vor unlösbare Aufgaben.⁵ So bedarf es offensichtlich nicht einmal expliziter Befehle, die Guerillas „gewähren“ zu lassen. Gestützt wird diese These des Handelns durch Unterlassung durch die Tatsache, dass seit dem Jahr 2005 durchaus Milliarden US-Dollar für Investitionen in Rüstungsgüter vorhanden waren, beschafft wurden jedoch vor allem Waffen, die nicht gegen die Guerillas einsetzbar sind, wie Panzer, Luftabwehrsysteme oder Abfangjäger russischer Herstellung.⁶

Der Grenzkonflikt aus bilateraler Perspektive

Die Unterstützung seitens der venezolanischen Regierung war keine Selbstverständlichkeit. Im Jahr 1995 kam es als Folge wiederholter Angriffe der Guerillas auf venezolanische Streitkräfte innerhalb Venezuelas zu ersten ernsthaften Maßnahmen der Streitkräfte dieses Landes gegen die FARC und vor allem die ELN. War eine Zusammenarbeit zwischen Kolumbien und Venezuela angesichts der zunehmenden Grenzaktivitäten der Guerillas in der zweiten Hälfte der

1990er Jahre und Gesprächen zwischen den Staatspräsidenten Ernesto Samper (1994-1998) und Rafael Caldera (1969-1974 und 1994-1999) absehbar gewesen, setzte der Wahlkampf und der folgende Übergang zur neu gewählten Regierung von Hugo Chávez (1999-2013), die für einen grundlegenden politischen Neuanfang in Venezuela stand, dem ein Ende.⁷

Sogleich im ersten Regierungsjahr 1999 hatte sich die venezolanische Regierung von Hugo Chávez mittels eines Grenzmanifests mit Blick auf den innerkolumbianischen Konflikt für neutral erklärt – was de facto eine Positionierung pro FARC bedeutete und in der Folgezeit jegliche militärische Zusammenarbeit mit Kolumbien stark bremste. Die ideologische Nähe sorgte für eine eher „romantische“ Sichtweise auf die FARC und den Wunsch, diese zu unterstützen und sie aus dem Status als Terrororganisation resultierenden internationalen Isolierung zu befreien.⁸ Zugleich sorgte der gegen die Guerillas und die Drogenwirtschaft gerichtete US-amerikanisch-kolumbianische Pakt „Plan Colombia“, der u.a. Militärhilfen zur Aufrüstung der kolumbianischen Streitkräfte vorsah und von Staatspräsident Andrés Pastrana (1998-2002) initiiert worden war, für Kritik aus Venezuela und eine weitere Distanzierung.

Im Jahr 2002 folgt auf Seiten Venezuelas nach dem Erdölstreik und dem gescheiterten Staatsstreich gegen die Regierung Chávez und angesichts der kolumbianischen Aufrüstung ein erneuter Perspektivenwechsel bei der Betrachtung der Guerillas. Diese wurden nun auch als eine Art Sicherheitspuffer gegenüber dem konservativ regierten Kolumbien – und damit auch den USA – betrachtet.⁹ Die venezolanische Regierung hegte in dieser relativ frühen Regierungsphase angesichts der innenpolitischen Ereignisse Zweifel an der Loyalität der eigenen Streitkräfte und entdeckte die USA als Feindbild, da diese den Putsch unterstützt hatten. Die bilateralen Beziehungen zwischen Kolumbien und Venezuela vertreten durch die späte-

ren Antagonisten Uribe und Chávez wurden in der Folgezeit angesichts von viel Pragmatismus und punktueller Zusammenarbeit besser und enger als zuvor. Chávez engagierte sich als Vermittler etwa beim Austausch von Gefangenen zwischen den kolumbianischen Konfliktparteien. Insofern muss für diese Phase von einer janusköpfigen Politik der venezolanischen Regierung gesprochen werden.

Dies änderte sich im Jahr 2007 mit einem öffentlich ausgetragenen persönlichen Konflikt zwischen den beiden Staatspräsidenten, was das Ende des bis dahin erstaunlichen Pragmatismus auf beiden Seiten markierte. Die grundlegenden, tiefgehenden ideologischen Differenzen brachen über die Frage des Umgangs mit den Guerillas und deren Tolerierung auf venezolanischen Boden auf. Nach dem bereits erwähnten, von Uribe befohlenen und von Santos als damaligem Verteidigungsminister umgesetzten Luftangriff auf den FARC Führer Reyes im Jahre 2008, wurden im Schulterchluss mit dem ideologisch befreundeten Ecuador und um Luftangriffen auf dem eigenen Territorium vorzubeugen, auch von venezolanischer Seite die diplomatischen Beziehungen zu Kolumbien abgebrochen. Der kolumbianische Botschafter bei der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) präsentierte im Juli 2010 im Auftrag der Regierung Uribe medienwirksam die geografischen Koordinaten von 87 FARC-Lagern in Venezuela sowie Luftaufnahmen diverser Lager und prangerte die Präsenz von 1.500 Guerilleros auf venezolanischen Boden an.¹⁰

Auch wenn die Beziehungen zur geschickt agierenden neuen Regierung Santos im August 2010 wieder aufgenommen wurden und sich durch viel Pragmatismus und die Ausparung schwieriger Themen „normalisierten“, bleiben die bilateralen Beziehungen weiterhin schwierig und gekennzeichnet von gegenseitigem Misstrauen, bedingt durch die unterschiedlichen Weltbilder und Wirtschaftsmodelle mit der Folge einer beständigen wirtschaftlichen Entflechtung in den letzten 15 Jahren.

In der politischen Bilanz steht ein dauerhafter politischer Streit zwischen Uribe und bedeutenden Teilen der kolumbianischen Rechten auf der einen Seite, und der venezolanischen Regierung Chávez und nach dessen Tod Maduro auf der anderen Seite, der bis heute schwelt und zuletzt auch im kolumbianischen Kongress- und Präsidentschaftswahlkampf 2014 eine Rolle spielte. Denn zu den Kernbotschaften von Uribe und der von ihm kürzlich gegründeten politische Bewegung „Centro Democrático“, die sich heute als größter Kritiker der von Staatspräsident Santos im Jahr 2012 aufgenommenen Friedensgespräche mit der FARC positioniert hat, gehörte die Warnung vor einen aggressiven und expansiven „Castro-Chavismus“, der sich aus Venezuela auch und gerade angesichts der „Zusammenarbeit“ von Santos mit dem linken Terrorismus über das Land ergießen würde. Dieser populistische Mythos spielt mit den Grundängsten der kolumbianischen Gesellschaft vor tiefgreifenden Veränderungen in Bereichen der Rechtsstaatlichkeit, der politischen Landschaft und insbesondere der Wirtschafts- und Eigentumsordnung als Folge einer Friedensvereinbarung mit den FARC.

Von Seiten der venezolanischen Regierung wiederum wird immer wieder das Gespenst einer Bedrohung durch „kolumbianische Paramilitärs“ gezeichnet, welche die venezolanische Regierung stürzen wollen. Diese „Paramilitärs“ planen als Hintermänner und Ausführende zugleich, so die Botschaft, einen Staatsstreich gegen die Regierung und Attentate gegen führende Politiker, allen voran die Staatspräsidenten Chávez und heute Maduro. Dutzende solcher Verschwörungskonstellationen und angeblicher Mordkomplotte wurden in den 15 Jahren der chavistischen Herrschaft medienwirksam angeprangert, jedoch nie mit Beweisen unterlegt. Uribe wurde und wird von der venezolanischen Regierung sehr direkt und auf diffamierender Art und Weise beschuldigt und beschimpft – auch hier ohne die immer wieder angekündigten Beweise vorzulegen.¹¹ Dies rückt die venezolanische

Regierung in ein schlechteres Licht, als den angesprochenen selbst. Offensichtlich geht es dieser vor allem darum, durch das immer wiederkehrende Werfen von Nebelkerzen von der katastrophalen innenpolitischen Lage und den erschreckenden Inhalten und Ergebnissen der eigenen Politik insbesondere im Bereich der Öffentlichen Sicherheit abzulenken. Dennoch ist auch in Kolumbien Uribes ungeklärtes Verhältnis zum Paramilitarismus in den blutigen und de facto ordnungslosen 1980er und insbesondere 1990er Jahren Gegenstand von Kontroversen.¹²

Die politische und militärische Zusammenarbeit zwischen Kolumbien und Venezuela wird durch zutiefst unterschiedliche ideologische Orientierungen, was sich unter anderem in der Mitgliedschaft in zwei sehr unterschiedlichen Regionalbündnissen, der Pazifik-Allianz und der ALBA, manifestiert, massiv erschwert.¹³ Traditionell unterhält Kolumbien eine sehr enge Allianz mit den USA, welche das Land im Kampf gegen Drogen und Guerillas unter anderem mittels Technologie, militärischer Aufklärung und einigen Hundert Militärberatern unterstützt. Venezuela hingegen pflegt seit der „Bolivarischen Revolution“ gänzlich andere Allianzen: Militärisch wurde Kuba engster Partner und Berater. Darüber hinaus bestehen bzw. bestanden enge Beziehungen zu Staaten wie Weißrussland, Syrien, Gaddafi-Libyen und Iran. Aber auch zu Russland und ganz besonders China wurden die Beziehungen intensiviert.

Zentrales politisches Führungsinstrument war für Chávez und nun Maduro und die chavistische Bewegung seit jeher die Sprache und die Inszenierung. Der Diskurs, geprägt von Mythen, ersetzt dabei die Realität. Dies gilt auch für die Bedrohung durch eine Invasion der USA. Mit den immer wiederkehrenden Warnungen verfolgt die venezolanische Regierung zuvorderst innenpolitische Ziele: Neben der grundsätzlichen ideologischen Abneigung gegenüber den USA und deren außenpolitischen Handlungswei-

sen geht es um das Schließen der eigenen Reihen, die Mobilisierung der Wählerschaft und die Diskreditierung der traditionell sehr USA-nahen politischen Opposition durch die Generierung eines Feindbildes.

Dynamiken auf lokaler Ebene – Politik und die Akteure des bewaffneten Konflikts

Trotz beträchtlicher Anstrengungen und großer Erfolge im Bereich der Inneren Sicherheit seit der Jahrtausendwende, ist der kolumbianische Staat noch immer nicht in der Lage, seine Hoheitsrechte allorts und flächendeckend durchsetzen zu können. Die lokalen Verwaltungen im ländlichen Raum sind schwach und stehen unter dem Zugriff oftmals korrupter lokaler (politischer und wirtschaftlicher) Eliten, die vielerorts in Verbindung mit Organisierter Kriminalität und/oder Akteuren des bewaffneten Konflikts stehen. Dies trifft besonders für das Grenzgebiet zu. Beide Länder haben auf die Herausforderungen des bewaffneten Konflikts bereits in den 1990er Jahren gesetzlich und operativ mit der Militarisierung weiter Teile der Grenzregion reagiert, sodass vielerorts die Streitkräfte die staatlichen Hoheitsrechte ausüben.

Ideologischer Kampf oder Organisierte Kriminalität? Im bewaffneten Konflikt Kolumbiens und insbesondere im Grenzgebiet lässt sich dies inzwischen immer weniger auseinanderhalten. Hauptfinanzierungsquelle der größten Guerilla FARC ist der Drogenhandel. Die zweitgrößte Guerilla ELN ist hier zu einem sehr viel geringeren Maß als die FARC involviert. Dazu gehören Anbau, erste Verarbeitung und Weitertransport im eigenen Namen oder als Dienstleistung für Dritte. Beide Guerillas bieten gegen ein feststehendes Entgelt auch den Schutz von Transportwegen für Drogen an. Darüber hinaus zählen Entführungen – Hauptfinanzierungsquelle der ELN –, die Erhebung von Schutzgeldern und sowie der Schmuggel von Waffen und Waren aller Art zum Portfolio. Ob Lebewiege, Hühnerschenkel, Fisch, Speiseöl, Zigaretten, Alkohol oder Benzin. Subven-

tions- und wechselkursbedingte große Preisunterschiede – Benzin kostet in Kolumbien rund einen Euro pro Liter, in Venezuela hingegen nur einen Cent – führen dazu, dass im Grenzgebiet traditionell Güter aller Art illegal gehandelt werden. Verschärfend wirkt die zunehmende Warenverknappung in Venezuela. Weite Teile der Bevölkerung beiderseits der Grenze beziehen durch die direkte oder indirekte Beteiligung am Schmuggel zumindest Teile ihres Einkommens.

Mit dieser Vorgehensweise unterscheiden sich die seit den 1960er Jahren für einen marxistischen (FARC) bzw. kommunistischen (ELN) Staat kämpfenden Guerillas kaum von der erstarkenden Organisierten Kriminalität: Den Kartellen sowie den sogenannten kriminellen Banden („bandas criminales“ – BACRIM) oder Neoparamilitärs, die vielfach unter Wahrung personeller Kontinuität aus den sich angesichts eines Demobilisierungsabkommens mit der kolumbianischen Regierung ab dem Jahr 2005 auflösenden, berüchtigten Paramilitärs – den erbitterten Gegnern der Guerillas, die sich als Antwort auf eben diese gegründet hatten – entstanden sind. Die kriminellen Banden sind seitdem zu den vielerorts latent dominierenden Akteuren im Grenzgebiet aufgestiegen.

Auch wenn die kriminellen Banden – zumindest formell – keinen ideologischen Anspruch oder eine politische Stimme haben, so haben sie dennoch das Interesse, die lokale Politik und die staatlichen Institutionen in ihrem Sinne zu beeinflussen und auf bestmögliche Rahmenbedingungen für ihre illegalen Aktivitäten hinzuwirken. Dieses Interesse teilen alle der genannten illegalen Akteure des kolumbianisch-venezolanischen Grenzgebiets mit graduellen Einschränkungen für die Guerillas, welche grundsätzlich eher die direkte Auseinandersetzung mit den staatlichen Institutionen suchen bzw. in den von ihr beherrschten Gebieten bisweilen die staatlichen Hoheitsrechte mittels eigener Funktionäre wahrnehmen.

Letzteres ist aufgrund der beeindruckenden Erfolge der kolumbianischen Sicherheitspolitik gegen die Guerillas immer weniger der Fall. Die laufenden Friedensgespräche zwischen kolumbianischer Regierung und FARC sowie die Vorgespräche mit der ELN sind das Ergebnis der hohen personellen und territorialen Verluste auf Seiten der Guerillas in den vergangenen rund zehn Jahren. Sie sind auch Ausdruck des Eingeständnisses der Aussichtslosigkeit, durch den bewaffneten Kampf politische Änderungen herbeizuführen zu können. Die politische Beteiligung wollen die Guerillas nicht mehr gewaltsam durch Kampf, sondern auf dem Verhandlungsweg und durch Partizipation im Rahmen des demokratischen Systems erreichen.

Projekte der HSS

Die HSS leistet in Kolumbien durch die Förderung des Friedensdialogs einen Beitrag zu einer friedlicheren gesellschaftlichen Entwicklung. Mit ihrem Partner DOMOPAZ unterstützt die HSS das Friedensnetzwerk REDUNIPAZ der kolumbianischen Universitäten und arbeitet seit 2013 mit den Friedensausschüssen von Senat und Repräsentantenhaus des kolumbianischen Kongresses sowie seit 2014 mit dem Nationalen Friedensrats (Consejo Nacional de Paz) in Form von Dialogveranstaltungen und Maßnahmen zu deren organisatorischer Weiterentwicklung zusammen. Gemeinsam mit dem Partner PLANETA PAZ fördert die HSS darüber hinaus bereits seit dem Jahr 2009 die demokratische Partizipation zur Lösung lokaler und regionaler Landnutzungskonflikte, die zumeist im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt stehen, mittels Beratung und organisatorischer Unterstützung ausgewählter Bürgerinitiativen.

Mehr zu unserer Arbeit unter:
www.hss.de/kolumbien

Sollten die Gespräche erfolgreich beendet werden und die kolumbianische Bevölkerung in einem Referendum die Vereinbarungen bestätigen, wird das Scheinwerfer-

licht der kolumbianischen Sicherheitspolitik auf die aufstrebenden kriminellen Banden umschwenken, welches bislang noch die Guerillas angesichts ihres aggressiv-militärischen Auftretens anstrahlt und richtigerweise als größere und direktere Bedrohung für den Staat und insbesondere die Bürger wahrnimmt. Ungeachtet dessen stehen die kriminellen Banden schon seit Jahren als zweiter Hauptdarsteller auf der Bühne im Halbschatten parat, der die staatliche Sicherheitspolitik aufgrund dessen subversiven und kriminellen Charakters vor neue und andere Herausforderungen stellen wird.

Allianzen der organisierten Kriminalität

Seit Ende der 1990er Jahre war es nach der Zerschlagung der großen kolumbianischen Organisationen der Organisierten Kriminalität, wie etwa der berüchtigten Kartelle von Medellín und Cali, zu einer Pluralisierung krimineller Organisationen und neuen Allianzen gekommen: Guerilla, Organisierte – d.h. Kartelle und kriminelle Banden – und „gewöhnliche“ Kriminalität arbeiten spätestens seit der formellen Auflösung der Paramilitärs in den Jahren 2005 und 2006 intensiv und arbeitsteilig zusammen. Einfache Dienstleistungen werden bei gewöhnlichen Kriminellen bedarfsgerecht eingekauft. Die Dienstleistungsgesellschaft ist auch hier angekommen. Relativ kleine und mittelgroße, aber schlagkräftige und in kleinen Gruppen operierende, illegale bewaffnete Organisationen kooperieren in komplexen Netzwerken und in zunehmend internationalen Strukturen mit diversen illegalen Akteuren. Sogar ehemalige Feinde aus Zeiten des Höhepunkts des bewaffneten Konflikts in Kolumbien kooperieren heute nach organisatorischen Umstrukturierungen bisweilen im Zuge der Erzeugungs- bzw. Transportkette des Kokains und anderer Güter. Seit mehr als zehn Jahren ist die Präsenz verschiedener, berüchtigter mexikanischer Kartelle in beiden Ländern und insbesondere dem Grenzgebiet nachweisbar. Heute fungieren diese Kartelle in Kolumbien und Venezuela wie in ganz Lateinamerika als zentraler Be-

standteil der Drogenallianzen. Sie beherrschen die Drogenrouten in Richtung USA und zunehmend auch nach Europa.

Diese strategischen Allianzen, die nicht statisch sind, sehen im Bereich des grenzüberschreitenden Drogenhandels zwischen Kolumbien und Venezuela illustriert am Beispiel der zwei wohl inzwischen bedeutendsten Netzwerke wie folgt aus:¹⁴ Im nördlichsten an der Karibikküste gelegenen Grenzgebiet Cesar/La Guajira-Zulia: Die kriminellen Banden „Los Rastrojos“ und „Los Paisas“ und das mexikanische Kartell „Los Zetas“ in Verbindung mit einzelnen Mitglieder der kolumbianischen Nationalpolizei sowie der Polizei des venezolanischen Bundesstaats Zulia. In weiter südlich gelegenen Grenzgebieten besteht eine konkurrierende Allianz: Die kriminellen Banden „Los Urabeños“, die mexikanischen Kartelle von Sinaloa und „La Familia Michaca“ sowie kleinere Kartelle aus der Dominikanischen Republik in Verbindung mit der venezolanischen Nationalgarde „Guardia Nacional Bolivariana“.

Routen, Allianzen und Geschäfte sind vielfältig, und unterscheiden sich örtlich und im Zeitverlauf. Dabei sind die mexikanischen Drogenkartelle, wenn es um Drogen geht, fast ausnahmslos das Bindeglied. Sie sind auch Partner der Guerillas. So arbeitet der u.a. im Grenzgebiet zu Venezuela operierende „Bloque Oriental“ der FARC mit dem Kartell von Tijuana, der „Bloque Sur“ der FARC im Grenzgebiet zu Ecuador mit den Kartellen von Sinaloa und Juárez zusammen.

Es existiert auch eine venezolanische Guerilla: Die FBL¹⁵ wird von der FARC unterstützt und operiert auf venezolanischer Seite in Grenzgebiet Arauca-Apure, dem geografisch markanten von Westen nach Osten verlaufenden Grenzabschnitt, wo sie sich der ELN gegenüber sieht, mit der sie in bewaffneten Auseinandersetzungen steht. Die FBL pflegt aufgrund ideologischer Verbundenheit freundliche Beziehungen zur venezolanischen Regierung und finanziert sich in erster Linie über Schutzgelderpressungen, Entführungen und Schmuggel.

Aber auch der internationale Terrorismus findet im erweiterten Grenzgebiet Bedingungen vor, um die eigenen Aktivitäten im Nahen Osten und weltweit zu stärken. So nutzen nachweislich Hamas, Hisbollah und zweifellos auch andere, jüngere Terrororganisationen die Situation und institutionelle Schwäche in der Region und insbesondere der Karibikküste für Aktivitäten zur Gewinnung von finanzieller Unterstützung sowie Geldwäsche und Waffenkauf.¹⁶ Geheimdienste haben darüber hinaus Hinweise darauf, dass Iranische Revolutionsgarden, vermutlich die für militärische Auslandsoperationen zuständige und von den USA als Terrororganisation eingestufte al-Quds-Einheit, in Abstimmung mit den venezolanischen Streitkräften Ausbildungsmaßnahmen sowohl für die FARC als auch ortsansässige Islamisten durchgeführt haben.¹⁷ Daneben existieren Hinweise auf punktuelle Ausbildungsaktivitäten der spanischen Terrororganisation ETA, mit der die Regierung Chávez nachweislich enge Kontakte unterhielt, für die FARC im Grenzgebiet.¹⁸

Illegale bewaffnete Akteure, Drogenhandel und Schmuggel im Grenzgebiet



Quelle: Revista Perspectiva (2013): *Frontera colombo-venezolana: ilegalidad sin límites*, Publicación del Instituto de Ciencia Política Hernán Echavarría Olózaga, URL <http://www.revistaperspectiva.com/analisis/frontera-colombo-venezolana-ilegalidad-sin-limites> [24.10.2014].

Kokain: Grenzüberschreitender und arbeitsteiliger Herstellungsprozess

Zwischen beiden Seiten der Grenze besteht eine Arbeitsteilung. So wird Koka als Ausgangsprodukt für Kokain vor allem auf der kolumbianischen Seite in verschiedenen grenznahen wie -fernen Regionen von Koka-Bauern angebaut und vor Ort unter Aufsicht von Guerilla oder kriminelle Banden zu Koka-paste (pasta básica) verarbeitet, die sich einfach und platzsparend transportieren lässt – und daher oft direkt so als unfertiges Produkt in die Konsumentenländer verschickt wird. Auf der venezolanischen Seite wird diese dann jedoch in der Regel über Kokabase (pasta lavada) zum Endprodukt Kokain weiterverarbeitet. Der Transport dorthin wird durch Privatarmeen wie die kriminellen Banden oder Guerillas sichergestellt, die von kolumbianischer wie venezolanischer Seite entstammen können. Die Koordinierung zwischen den diversen entlang der Wertschöpfungs- und Transportkette beteiligten illegalen Akteure wird von einer der beteiligten Organisationen zugehörigen und bezahlten Vermittlern wahrgenommen, die zugleich für die Bestechung öffentlicher Funktionsträger zuständig sind sowie für das Anmieten der Transportrouten und des Zugangs zu einem Seehafen, wobei spätestens hier die mexikanischen Kartelle ins Spiel kommen. Von dort führen die Routen über Karibikinseln wie Aruba, Isla Margarita, San Andrés, Puerto Rico oder Jamaica in Richtung Mexiko und USA. Nach Europa gelangt das Kokain vor allem über Westafrika, wo es wiederum ebenfalls als Treibstoff für interne bewaffnete Konflikte dient und somit vergleichbare Mechanismen befeuert. (Vgl. Azawad und die Mali-Krise – Ursachen und Folgen islamistischer Sezessionsbewegungen in Westafrika.)

Neben dem dominierenden Drogenhandel geht es auch um Waffenhandel – oft zugleich Zahlungsmittel der illegalen Akteure untereinander – sowie illegalen Bergbau (v.a. Gold aber auch Kohle, Bauxit, Coltan etc.), Schmuggel, Schutzgeld, Prostitution oder

Glücksspiel. In der ebenfalls bedeutenden Grenzregion Arauca-Apure ist die Guerilla ELN seit ihrem nach vierjährigem Kampf im Jahr 2010 erzielten örtlichen Sieg im Kampf gegen die FARC dominanter Akteur, konzentriert sich jedoch weniger auf den Drogenhandel als vielmehr Entführungen und den Schmuggel von Benzin und Lebensmitteln. In der bereits erwähnten Region La Guajira-Zulia sind es zudem beiderseits der Grenze ansässige Indigene vom Volk Wayúu die dort traditionell eine bedeutende Rolle im alltäglichen Schmuggel, aber auch in kleinerem Maßstab dem Drogenhandel spielen und eigene schlagkräftige kriminelle Netzwerke aufgebaut haben, was nur ein weiteres Beispiel für die Komplexität der Situation im Grenzgebiet ist.¹⁹

Die Schwäche der lokalen Institutionen und der Zivilgesellschaft

Der staatliche Verfolgungsdruck erzeugt auf Seiten der Organisierten Kriminalität heutzutage statt aggressiver Reaktionen eher Anpassungsstrategien. Immer weniger wird die offene Konfrontation mit dem Staat im Stile des alten Kartells von Medellín des Pablo Escobar oder der heutigen Kartelle in Mexiko gesucht, sondern als Ergebnis einer Kosten-Nutzen-Analyse die Koexistenz bis hin zur Symbiose mit staatlichen Institutionen. Diese geht über die einfache Korruption weit hinaus. Die personelle Unterwanderung regionaler und vor allem lokaler politischer und staatlicher Institutionen beiderseits der Grenze ist die Folge: Viele Bürgermeister und sogar Gouverneure stehen unter dem Einfluss oder sind sogar aktive Mitglieder der Organisierten Kriminalität, die vielfach in personeller Kontinuität zum Paramilitarismus steht. Hierbei handelt es sich um starke Einzelpersonen, die in Familienclans eingebettet agieren und somit ersetzbar sind, sodass durchaus von mafiösen Strukturen gesprochen werden kann.

Der Fall „Kiko“ Gómez Cercher, gewählter Gouverneur des durch eine historische Abwesenheit des Staates geprägten nördlichen

kolumbianischen Grenzdepartamentos La Guajira, ist hierfür ein typisches Beispiel. Er wurde im Jahr 2011 durch ein Netzwerk in illegale Aktivitäten verwickelter, befreundeter Politiker zum Kandidaten ernannt. Seine Kampagne wurde durch Korruption im Zusammenhang mit der Vergabe öffentlicher Aufträge großzügig vorfinanziert, was ihm den Wahlsieg ermöglichte. Dies ungeachtet der Tatsache, dass seine persönlichen Verwicklungen in Organisierte Kriminalität allgemein bekannt waren. Erst Anfang 2014 wurde er im Zuge von gegen ihn staatsanwaltschaftlich geführten Ermittlungen wegen Mordes seines Amtes enthoben und angeklagt.²⁰ Hierzu bedurfte es einer Intervention der Generalstaatsanwaltschaft aus der Hauptstadt Bogotá, da die eigentlich zuständige Regionalstaatsanwaltschaft aufgrund von Unterwanderung und externer Einflussnahme die Ermittlungen nicht voranzubringen vermochte. Die zuständige Staatsanwaltschaft stellte die Ermittlungen gegen Gómez wegen Beteiligung an diversen Morden bereits im Jahr 2008 ohne rechtliche Grundlage ein.²¹

Den politischen und zugleich wirtschaftlichen Eliten, die sich in erster Linie über Landbesitz definieren, stehen im ländlichen Raum beider Länder insbesondere aber in Kolumbien eine traditionell marginalisierte Landbevölkerung gegenüber, die bis heute ungeachtet inkrementeller Verbesserungen weiterhin von vielen Bürgerrechten de facto ausgeschlossen ist. Die Lebensverhältnisse der Menschen und auch die Machtverhältnisse haben sich im ländlichen Raum, ganz im Gegensatz zu den aufstrebenden Metropolen, in den letzten rund zweihundert Jahren seit dem Ende der Kolonialzeit kaum verändert und wurden durch den Konflikt noch verschärft und zementiert. Die Artikulations- und Organisationsfähigkeit gesellschaftlicher Interessen ist dort durch das weitgehende Fehlen sozialer Organisationen stark eingeschränkt, sodass keine funktionierende Zivilgesellschaft besteht. Vielerorts gilt weiterhin das Recht des Stärkeren. Die Menschen sind an Gewalt gewöhnt und erkennen angesichts

von Abwesenheit – oder einer in der Vergangenheit oftmals „negativen“ Anwesenheit in Form des Militärs – des Staates diese als legitimes Mittel der politischen und innergesellschaftlichen Auseinandersetzung an. Im Umkehrschluss fehlen auch dem Staat Ansprechpartner in der Landbevölkerung – er findet diese weiterhin fast ausschließlich in den lokalen und regionalen Eliten. Die Landbevölkerung ist in vielen Regionen und insbesondere den abgelegenen Grenzgebieten nicht in der Lage, als kritisches Korrektiv und Kontrollorgan gegenüber dem Staat und der Politik zu wirken.

Stehen in Kolumbien eher einzelne politische Eliten im Kern des institutionellen Problems, sind es in Venezuela neben diesen ganz wesentlich auch die staatlichen Sicherheitskräfte, die in bedeutenderem Umfang als im Nachbarland mit der Organisierten Kriminalität zusammenarbeiten. Dies betrifft neben den Polizeibehörden vor allem das Militär und hier insbesondere die militärische Polizei „Guardia Nacional Bolivariana“, welche nicht nur vielerorts die schützende Hand über die Transportrouten innerhalb Venezuelas hält, sondern aktiver Bestandteil der Drogenallianz ist. Die Verwicklung in Drogenaktivitäten geht nachweislich bis in höchste Kreise der venezolanischen Generalität.²²

Verstärkt wird die Problematik auf venezolanischer Seite durch die politische Polarisierung zwischen Regierung und Opposition, welche auf der lokalen und regionalen Ebene zu Verlusten an staatlicher Steuerungsfähigkeit bis hin zu Unregierbarkeit führt: Der chavistische Gouverneur bekämpft den oppositionellen Bürgermeister, die Zentralregierung den oppositionellen Gouverneur und vice versa. Institutionen blockieren sich gegenseitig und schaffen über Parallelstrukturen kaum zu kontrollierende politische Mikrokosmen. Ein idealer Spielplatz und Rückzugraum für illegale bewaffnete Akteure.

Bemerkenswert ist die Beobachtung, dass die relativ neuen kriminellen Banden

auch aus Venezuela nach Kolumbien übergreifen – und nicht nur umgekehrt. Beispiel hierfür sind die „Ágilas Negras“ und „Los Rastrojos“, letztere die wohl mächtigste kriminelle Bande überhaupt, die sich in Venezuela gegründet hat. Der Export von Gewalt ist somit keine Einbahnstraße mehr, sondern erfolgt in beiderlei Richtungen.

Die venezolanische Politik hat auch durch gesetzliche Maßnahmen zur Entstehung der Situation und der Schaffung von Rückzugsmöglichkeit für Akteure des bewaffneten Konflikts bzw. der Organisierten Kriminalität aus Kolumbien im eigenen Land indirekt beigetragen. Dazu gehört die von der Regierung Chávez pauschal betriebene und ohne Nachweis erfolgte Masseneinbürgerung hunderttausender illegal im Land lebender oder sich zu diesem Zeitpunkt dort befindender Ausländer und vor allem Kolumbianer in mehreren Etappen, erstmals jedoch im Vorfeld des Abwahlreferendums gegen Chávez im Jahr 2004. Auch wenn es sich bei größten Teil der eingebürgerten um Opfer der bis heute allgegenwärtigen (gewaltsamen) Vertreibung und Arbeitsmigranten handelte, waren darunter auch kriminelle Akteure, was nicht ohne Einfluss auf die Entwicklung der Organisierten Kriminalität blieb. So gibt es Zeugenaussagen, dass Paramilitärs des damaligen „Bloque Norte“ der AUC²³ von deren Führung explizit zwecks Einbürgerung zu Dutzenden nach Venezuela befohlen wurden.²⁴ Die Wanderungsbewegungen aus Kolumbien in die venezolanische Grenzregion, in der die Möglichkeiten zur legalen Einkommenserzielung seit jeher sehr eingeschränkt sind, haben die Problematik verschärft. Schätzungen gehen davon aus, dass im Zuge des bewaffneten Konflikts mehr als 100.000 Kolumbianer als Opfer gewaltsamer Vertreibung nach Venezuela geflüchtet sind.²⁵

Lösungsansätze und Ausblick

Das kolumbianisch-venezolanische Grenzgebiet nährt den bewaffneten Konflikt in Kolumbien. Dabei sind es mehr die lokalen als

die nationalen Entwicklungen, die in jüngerer Zeit den Fortgang der Dinge bestimmt haben und für den Status quo verantwortlich sind. In den vielen Gebieten der kolumbianisch-venezolanischen Grenzregion, wo Guerillas nicht aktiv oder zumindest nicht dominierender Akteur sind, bedarf es weniger eines militärischen als eines ganzheitlichen Vorgehens der Sicherheitskräfte, das auch Maßnahmen zur Stärkung der Regierbarkeit, der wirtschaftlichen Entwicklung, der Infrastruktur, des Zugangs zu Bildung und Gesundheit sowie – nicht zuletzt – der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen beinhaltet. Die Basis muss eine positive, umfassende und dauerhafte Anwesenheit des Staates auch in den vielen historisch vernachlässigten Regionen sein, die über die vielfach zu beobachtende punktuelle und adhoc Präsenz des Militärs weit hinausgeht.

Notwendig sind mit Blick auf Fragen der Regierbarkeit eine Modernisierung der Justiz- und Kontrollorgane auf regionaler und lokaler Ebene sowie – für Kolumbien eine Erweiterung der bereits bestehenden – Eingriffs- und Kontrollrechte der nationalen Ebene um lokale Fehlentwicklungen im Notfall korrigieren und die Handlungsfähigkeit lokaler Verwaltungen wiederherstellen zu können. Unabdingbar sind darüber hinaus Maßnahmen zur Verbesserung der politischen Partizipation. Dies etwa durch Programme zur Stärkung der Organisationsfähigkeit von Bürgerinteressen und die Verbesserung der politischen Mitbestimmungsrechte auf lokaler Ebene. Vorbedingung hierfür ist die Förderung des Friedensdialogs innerhalb der Gesellschaft durch Peacebuilding-Maßnahmen, welche die gesellschaftliche Aussöhnung fördern, und an den lokalen Konfliktlagen ausgerichtet werden müssen.

Insbesondere Kolumbien stellt sich im Angesicht der militärischen Erfolge und der Friedensgespräche mit zunehmender Seriosität der Problematik in den Grenzregionen. Positive Ansätze für eine Verbesserung der

Lebensbedingungen im ländlichen Raum Kolumbiens und einer nachhaltigeren ländlichen Entwicklung welche auch die vorgeannten Politikfelder aufgreifen, finden sich in den bereits geschlossenen Verhandlungspunkten der Friedensagenda von Havanna. Darüber hinaus wurde hiervon formell unabhängig im Mai 2014 vom staatlichen Nationalen Rat für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung ein zwischen 14 Ministerien und diversen Behörden abgestimmtes, und unter Einbeziehung lokaler Behörden ausgearbeitetes Aktionsprogramm mit dem Titel „Prosperität für die Grenzregionen Kolumbiens“ vorgestellt, welches auf eine Verbesserung der Lebensverhältnisse durch eine ganzheitliche Regionalentwicklung abzielt.²⁶ Hier wird es nun auf das Ob und Wie der Konkretisierung und Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen ankommen. Zweifellos handelt es sich um einen wichtigen Schritt zu einer inkrementellen Verbesserung der Situation, dem jedoch weitere Maßnahmen insbesondere im Hinblick auf Fragen der Öffentlichen Sicherheit, der Regierbarkeit und des Peacebuildings folgen müssen.

Für Venezuela fällt eine Identifizierung positiver Ansätze schwerer. Die venezolanische Regierung bekämpft in der Grenzregion medienwirksamer denn je den Schmuggel, welcher angesichts von Warenverknappung, galoppierender Inflation und Währungsverfall weiter zunimmt. Damit bekämpft sie jedoch vor allem die immer deutlicher werdenden Symptome eines krankenden politisch-wirtschaftlichen Systems.²⁷ Ungeachtet punktueller Zusammenarbeit mit dem Nachbarland Kolumbien in diesem Bereich, bleibt die venezolanische Grenzpolitik geprägt von Populismus und Schuldzuweisungen. Die venezolanische Regierung betrachtet und kommuniziert die wirtschaftlichen Probleme der Grenzregion und die Organisierte Kriminalität bis heute als ein von externen und zuvorderst kolumbianischen Akteuren verursachtes Problem. Dies sowohl im Hinblick auf die illegal bewaffneten Akteure, als auch den angeblichen „Wirt-

schaftskrieg“ (Guerra Económica), den amerikanischen, venezolanische und kolumbianische Politiker und Unternehmer, Saboteure, Spekulanten und andere Gegner der „Bolivarischen Revolution“ nach chavistischer Lesart seit Jahren gegen das Land führen.

Das mögliche Ende des bewaffneten Konflikts zwischen kolumbianischem Staat und Guerilla(s) bedeutet für sich genommen für die hier untersuchte Grenzregion weniger als auf den ersten Blick zu erwarten wäre. Denn die Herausforderungen bleiben bestehen, freiwerdende Räume werden schnell durch die anderen illegalen, sehr viel subversiver vorgehenden bewaffneten Akteure eingenommen werden, was auch zu Verteilungskämpfen führen wird. Niemand kann zudem garantieren, dass sich die im attraktiven Grenzgebiet agierenden Einheiten von FARC und ELN allesamt auflösen und die Kämpfer sich leichter Hand in ein bürgerliches, gesetzestreu, aber weniger auskömmliches Leben „transferieren“ lassen.

Allein die Tatsache, dass die Akteure der Organisierten Kriminalität nicht (mehr) die Konfrontation mit der Staatsmacht suchen und daher mancherorts auf kolumbianischer Seite die Gewaltindizes besser sind als noch vor Jahren in der Hochphase des bewaffneten Konflikts bedeutet nicht, dass die Probleme kleiner und die Bedrohung geringer geworden ist. Vor allem die Tendenzen auf venezolanischer Seite der Grenze geben Anlass zu größter Besorgnis. Keines der beiden Länder wird die Probleme unilateral lösen können. Der notwendige große, grenzüberschreitende Ansatz ist allerdings aufgrund ideologischer Differenzen und unterschiedlicher Interessenlagen nicht absehbar.

|| Benjamin Bobbe

Auslandsmitarbeiter Kolumbien

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. UNODC (2014): World Drug Report 2014.
- 2 Der vollständige Name dieser bedeutendsten Guerilla Kolumbiens lautet FARC-EP: “Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo” (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee).
- 3 Die ELN ist die zweitgrößte Guerilla Kolumbiens: „Ejército de Liberación Nacional - ELN“ (Nationale Befreiungsarmee).
- 4 Vgl. IISS (2011): The FARC Files: Venezuela, Ecuador and the Secret Archives of ‘Raúl Reyes’, URL <https://www.iiss.org/en/publications/strategic%20dossiers/issues/the-farc-files--venezuela--ecuador-and-the-secret-archive-of---39-ra--250-l-reyes--39-8716> [02.10.2014].
- 5 Vgl. Carvajal, Leonardo (2012): Guerra Civil en Venezuela?
- 6 Vgl. Blandria, María Teresa (2013): Reformas y Nuevas estructuras en las Fuerzas Armadas de Venezuela, 1999-2012, Observatorio Económico-Legislativo, CEDICE, Caracas.
- 7 Vgl. Ramírez, Socorro (2002): La compleja relación colombo-venezolana. Una conjuntura crítica a la luz de la historia, In: Análisis Político, No. 46, S. 116-136.
- 8 Vgl. Ávila, Ariel (2012): La frontera caliente entre Colombia y Venezuela.
- 9 Vgl. IISS (2011) und Vgl. Boraz, Steven (2007): Case Study: The Colombia-Venezuela Border, In: RAND: Ungoverned Territories: Understanding and Reducing Terrorism Risks, S. 243-276, URL http://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/monographs/2007/RAND_MG561.pdf [03.09.2014].
- 10 Vgl. El Universal (2010): Denuncian que desde las 2002 las FARC sostienen reuniones en Venezuela. URL http://www.eluniversal.com/2010/07/24/imp_int_esp_denuncian-que-desde_24A4239093 [10.10.2014]
- 11 Der venezolanische Staatspräsident Maduro hatte Uribe im Mai 2013 öffentlich in einer Ansprache als „Mörder“ bezeichnet und ihm vorgeworfen, an einem Mordplan gegen Maduro selbst beteiligt zu sein. URL <http://www.youtube.com/watch?v=OXZmDixRTHw> [12.10.2014]. Zuletzt war es der venezolanische Außenminister Elias Jaua, der Uribe im Februar 2014 vor laufender Kamera in aggressivem Ton als „Mörder“ und „Paraco“ (Paramilitär) beschimpfte, der für die „Aggression in Venezuela“ [Anm.: landesweite Demonstrationen der Opposition für Demokratie und Menschenrechte und gegen die Wirtschaftskrise ab Februar 2014] verantwortlich sei. URL <http://www.youtube.com/watch?v=a28zi2ggmaw> [12.10.2014].
- 12 Am 17.09.2014 fand im kolumbianischen Kongress erstmalig eine ganztägige, intensive politische Debatte zur Frage der ungeklärten Verbindungen des Ex-Präsidenten und neugewählten Senators Uribes zum Paramilitarismus statt. Relevante neue Fakten lieferte diese jedoch nicht.
- 13 Venezuela ist Mitglied des von ihr gegründeten alternativen links- politischen Bündnisses ALBA, Kolumbien hingegen gehört dem formell nicht politischen, freihandelsorientierten Wirtschaftsbandnis Pazifikallianz an.
- 14 Vgl. Ávila, Ariel (2012); IISS (2011).
- 15 Der vollständige Name lautet FB-EP: “Fuerzas Bolivarianas de Liberación - Ejército Libertador” (etwa: Bolivarische Befreiungsarmee – Heer des Befreiers).
- 16 Vgl. Boraz, Steven (2007).
- 17 Vgl. CSIS (2012): Iran's Influence in the Americas.

- 18 Vgl. El Universal (2010): ETA y FARC pretendían globalizar la lucha. URL http://www.eluniversal.com/2010/03/07/imp_int_ava_eta-y-farc-pretendia_07A3541411 [03.09.2014].
- 19 Vgl. Boraz, Steven (2007); Vgl. Revista Perspectiva (2013): Frontera colombo-venezolana: ilegalidad sin límites, URL <http://www.revistaperspectiva.com/analisis/frontera-colombo-venezolana-ilegalidad-sin-limites> [20.09.2014].
- 20 Vgl. El Tiempo (2014): Exgobernador Gómez se expone a pena de hasta 50 años: Fiscalía, URL <http://www.eltiempo.com/archivo/documento/CMS-14594379> [05.10.2014].
- 21 Vgl. La Semana (2014): Investigan a fiscal en caso de “Kiko” Gómez, URL <http://www.semana.com/nacion/articulo/en-caso-de-francisco-kiko-gomez-fiscal-sera-investigado/372444-3> [10.10.2014].
- 22 Nicht ohne Grundlage spricht man von der Existenz eines Kartells der Sonnen („cartel de los soles“), wobei auf die in Venezuela als Sonnen bezeichneten Sterne auf den Schulterklappen von Offizieren des venezolanischen Militärs Bezug genommen wird. Vgl. El Tiempo (2014): Justicia de EE.UU. va por los del “cartel de los soles”, URL <http://www.eltiempo.com/politica/justicia/justicia-de-ee-uu-va-por-los-del-cartel-de-los-soles/14305970> [28.09.2014].
- 23 “Autodefensas Unidas de Colombia – AUC” (Vereinigte Bürgerwehren Kolumbiens).
- 24 Vgl. Ávila, Ariel (2012).
- 25 Vgl. UNHCR/ACNUR (2008): El Perfil de la Población Colombiana y la Necesidad de Protección Internacional – El Caso de Venezuela.
- 26 Consejo Nacional de Política Económica y Social (2014): Prosperidad para la Fronteras de Colombia, Documento CONPES 3805 DNP de 2014, URL https://www.cancilleria.gov.co/sites/default/files/Normograma/docs/conpes_dnp_3805_2014.htm [18.11.2014]. Kolumbien teilt Landgrenzen mit Panama, Venezuela, Brasilien, Peru, Ecuador sowie darüber hinaus See-grenzen mit Nicaragua, Costa Rica, Honduras, Dominikanische Republik, Haiti und Jamaika.
- 27 Vgl. The Economist (2014): Venezuela’s Economy. Of oil and coconut water- Probably the world’s worst-managed economy, URL <http://www.economist.com/news/americas/21618782-probably-worlds-worst-managed-economy-oil-and-coconut-water> [15.11.2014].